

Lieber Luke

Du hast in mittlerweile zwei offenen Briefen und verschiedenen Emails an mich viele Fragen aufgeworfen. Ich habe dir auf deine umfangreichen Fragen am 15. Mai 2023 geantwortet. Deine Reaktion darauf in deinem ersten offenen Brief war:

"Vielen herzlichen Dank für Deine umfangreiche Rückmeldung vom 15. Mai 2023. Deine Bemühungen empfinde ich keineswegs als selbstverständlich angesichts der Gleichgültigkeit, die ich erlebe, wenn ich sehe, mit denen die Mehrheit der Politikerinnen und Politiker (und damit meine ich auch durchaus jene in unseren Kanton) oder andere relevante Kreise (z. B. die Kirchen) an das Corona- Thema herangehen oder eben nicht herangehen."

Auf meine "umfangreiche Rückmeldung" hast du nachgehakt, mit einem offenen Brief, den du auf deine Homepage veröffentlicht hast (ohne meine Rückmeldung ebenfalls zu veröffentlichen). Das ist natürlich deine Entscheidung.

Auf diesen Brief habe ich nicht mehr geantwortet, weil ich der Ansicht bin, dass ich dir umfassend auf deine Fragen beantwortet habe. Dass du nicht von allen Antworten befriedigt bist, ist eine andere Sache. Ich habe mich nach bestem Wissen und Gewissen bemüht, die Themen, die du angeschlagen hast, zu beantworten.

In deinem neuen offenen Brief wirfst du mir meine Untätigkeit bzw. fehlende Bereitschaft vor. Ich möchte dich daran erinnern, dass ich dir Vorschläge und ein konkretes Datum für die Diskussion angeboten habe.

Zudem wirfst du jetzt neue Themenfelder auf. Das wird dann etwas umfangreich, um in Emails und Briefen hin und her zu diskutieren und politisieren.

In deinen Briefen erwähnst du immer wieder meine Funktion als Präsident der Sozial- und Gesundheitskommission. Ich gehe davon aus, dass du da eine besondere Verantwortung zur Stellungnahme ableitest. Die Position der Präsidenten ist jedoch anders. Präsidenten und Präsidentinnen der Kommissionen vertreten die Kommissionen gegen aussen und damit die Mehrheitsmeinung der Kommission. Wenn sie sich äussern, gibt es immer die Frage, ob sie es im Namen der Kommission tun oder in eigenem Namen. Deshalb nehmen sie sich politisch eher zurück. Diesem ungeschriebenen Gesetz habe ich mich mit Ueberzeugung angeschlossen. In der Zeit des Präsidiums ist man zurückhaltender als sonst. Ich erwähne dies zur Klarstellung, weil hier offensichtlich Missverständnisse bestehen. Es gilt immer wieder die Funktion des Parlamentes und dessen "Maschinenraum" zu verstehen.

Und zum Schluss nimmst du vorweg, dass ich vermutlich nicht oder dann nur in höchstens unbefriedigender Weise antworten werde. Damit ist natürlich die Diskussion schon beendet, denn egal was ich schreibe, du wirst es als unbefriedigend taxieren. Aber Demokratie funktioniert so, die Meinungen gehen auseinander und die Antwort der Anderen kann für einen als unbefriedigend angesehen werden. Damit muss auch ich leben - und es akzeptieren. Ich weiss auch, es wäre einfacher, jedem Recht zu geben.

Ich versuche in aller Kürze die wichtigsten Themenfelder und Fragen zusammenzufassen:

1. Corona

Hier habe ich, wie gesagt, aus meiner Sicht das zusammengefasst, was es spezifisch aus der SGK-S zu berichten gibt. Aber du hast noch viele weitere Fragen gestellt, insbesondere auch die Rolle des

Parlamentes als Aufsichtsbehörde. Und die nehmen wir über die Geschäftsprüfungskommissionen wahr. Ich gehe davon aus, dass du (auch als zweimaliger NR-Kandidat) die Funktion, Rollen und Tätigkeiten der verschiedenen Gremien im Parlament kennst. All diese Fragen der Aufsicht betreffen die Aufsichtskommissionen. Wir haben in der SGK-S uns natürlich immer auch informieren lassen, durchaus kritisch begleitet, aber die Aufsichtsfragen der GPK beider Räte überlassen.

Deshalb kann ich dir als Antwort auf die verschiedenen Fragen und zur Vereinfachung die Unterlagen schicken, die von den Aufsichtskommissionen erarbeitet und veröffentlicht wurden, ohne ein Kommissionsgeheimnis zu verletzen. Ich lege dir all die Dokumente bei. Es sind insbesondere Berichte über die Angemessenheit des Pandemieplans, dem Management der medizinischen Güter, der Informationsquellen, der nicht gebrauchten Impfdosen bzw. des Umgangs mit den Impfdosen, der Wahrung der Grundrechte, der Zusammenarbeit der Institutionen etc.

Bezüglich der Zulassung der Impfstoffe und der vorhandenen Belege/Studien für deren Wirksamkeit gibt es eine Zusammenfassung der Swissmedic, die das System der rollenden Zulassung gut erklärt. Ich lege es dir auch bei.

Was die dänische Studie anbelangt, so hat die Swissmedic die Aufgabe, die "Chargen" bzw. die Einhaltung der Qualität zu prüfen. Zudem lege ich dir eine Studie aus Deutschland vor, die aktuell ist und auf das Thema eingegangen ist.

Und zum Schluss: Ich habe schon am 5.5.2020 eine Motion eingereicht: "Lehren aus der Covid-19-Pandemie für das Schweizer Gesundheitssystem ziehen"

(<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20203282>). Dies ist - glaube ich - eine der wichtigsten Aufgaben, die die Exekutive hat und erfüllen muss.

2. WHO

Auch zur Thematik des WHO-Vertrages habe ich dir mitgeteilt, was der Stand der Dinge ist. Nämlich, dass die Verhandlungen laufen, und dass die demokratischen Abläufe und Rechte gewahrt sind. Dazu hat sich auch der Bundesrat mehrmals geäußert, nicht zuletzt auch auf Anfragen und Vorstösse des Parlamentes. Ich lege sie dir bei, die meisten stammen aus dem Jahr 2023, sind also aktuell.

Die SGK-S wird sich an der nächsten Sitzung von der Verwaltung den Stand der Dinge und das weitere Vorgehen erläutern lassen und sicher auch, wenn es dann soweit ist, Stellung dazu nehmen.

3. Soziale Sicherheit

Ich teile deine Frustration. Es passiert zu wenig. Ich habe ja im Jahr 2016 einen Vorstoss zur Kostenbremse und viele Vorstösse zur Digitalisierung im Gesundheitswesen etc. lanciert. Ich liste sie nachstehend auf, mit Titel und Verweis.

- Schnellere Einführung des elektronischen Patientendossiers (<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20233674>)
- Masterplan zur digitalen Transformation im Gesundheitswesen. Nutzung von gesetzlichen Standards und bestehenden Daten (<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20223859>)
- Digitale Transformation im Gesundheitswesen. Rückstand endlich aufholen! (<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20213957>)

- Spitalplanung mit Mengenbeschränkungen und Quoten nach Versicherungsstatus. Umgehen damit gewisse Kantone ihre Vergütungspflicht nach KVG?
(<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20204258>)
- Kontrollen und Transparenz im Laborbereich. Was macht das BAG?
(<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20194634>)
- Kostendämpfende Apothekerleistungen ermöglichen
(<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20184079>)
- Obligatorische Krankenpflegeversicherung. Berücksichtigung der Mengenausweitung bei Tarifverhandlungen (<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20170528>)
- Schnellerer Zugang für Patienten zu Arzneimitteln mit neuen Indikationen
(<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20164096>)
- Preisvergleich der Spital-Base-Rates mit dem Ausland
(<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20163989>)
- Einführung einer Vergütungspflicht bei im Ausland freiwillig bezogenen OKP-Leistungen
(<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20163988>)
- Obligatorische Krankenpflegeversicherung. Den Kostenanstieg dämpfen durch geeignete Massnahmen zur Kostenbegrenzung (<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20163987>) - **Der Bundesrat wird ersucht, das Krankenversicherungsgesetz und allenfalls weitere Gesetzesgrundlagen dahingehend zu ändern, dass zwingende Kostenbegrenzungsmassnahmen in Kraft treten, sobald die Kosten pro Versicherten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) im Jahresdurchschnitt stärker steigen als die Entwicklung der Nominallöhne multipliziert mit dem Faktor 1,1.**

Du schreibst, dass immer noch die gleichen Diskussionen laufen wie 2007. Das stimmt wohl. Dazwischen ist u.a.

- Der Spitalstandort OW vom Volk angenommen worden. (16.12.2007)
- Die Vorlage Integrierte Versorgung (Managed-Care-Vorlage) am 17.6.2012 vom Volk abgelehnt worden.

Bei beiden Vorlagen hat sich das Volk für die "teurere" Version entschieden. Das ist sein gutes Recht und im Fall des Spitalstandortes auch nachvollziehbar. Es hat halt alles auch seinen Preis.

Inzwischen steigen die Kosten des Gesundheitswesens vor allem wegen der Mengenausweitung. Da ist jeder von uns beteiligt, aber auch Faktoren wie die Demographie. Wir werden immer älter, das hat Folgen, wie auch aus dem beigelegten Artikel der Aerztezeitung ersichtlich ist (eine gute Zusammenfassung der Kostenentwicklung).

Ich will keine Zweiklassenmedizin, insofern ist eine Abschaffung des Krankenversicherungspflichtobligatoriums abzulehnen. Bei der Grundversorgung stellt sich die Frage, ob alles, was im Leistungskatalog enthalten ist, wirklich zur Grundversorgung gehört. Hier darf und sollte man durchaus, ohne gleich die Keule "Zweiklassenmedizin" auf den Kopf zu bekommen, kritisch hinsehen. Denn das eine bedingt nicht das andere. Wir machen auch Eingriffe und Behandlungen, die nicht nötig sind. Geschätzt werden zwischen 10 % - 20 % an unnötigen Behandlungen. Hier muss man ansetzen, das war auch die Idee meines Vorstosses von 2016. Daran hat sich nichts geändert.

Insofern: Es bestehen Ideen, wir haben mittlerweile das dritte Kostendämpfungspaket im Parlament und der Bundesrat setzt die 38 Massnahmen des Expertenberichtes (ich lege ihn dir bei) um. Natürlich wird er da immer wieder gebremst, weil die verschiedenen Anspruchsgruppen bzw. Leistungserbringer (Aerzte, Pharma, Pflege etc.) betroffen sind, direkt mit ihrem Einkommen. Da

reagieren sie nicht anders als alle anderen auch, wenn man Programme auflegt (Landwirte, Energieproduzenten und und). Aber auch da, das ist Politik und am Schluss muss ja das Volk auch noch zustimmen.

Also: eine schwierige Sache, aber alle Beteiligten versuchen hier einen Weg zu finden und es wird viel versucht, leider mit zu wenig Erfolg. Das Positive sollte man noch erwähnen, wir haben ein tolles Gesundheitswesen und das kostet. Dazu auch den zweiten Artikel einer kürzlichen Aerztezeitung (Kostenbremse ist Augenwischerei). Zudem bestehen auch andere Sichtweisen auf die Kosten im Gesundheitswesen und auch hier sende ich dir einen Artikel aus der Aerztezeitung. Ich habe dieses Blatt jetzt drei mal benutzt, nicht weil ich irgend eine spezielle Verbindung zu den Ärzten hätte (ausser dass ich immer im Gespräch mit ihnen bin, vor allem mit den Hausärzten in Obwalden), sondern weil dort, auch für mich interessant, die andere Sichtweise beleuchtet wird. Natürlich aus nachvollziehbaren Gründen, aber wie überall, der Andere hat nicht immer vollkommen Recht aber auch nicht immer vollkommen Unrecht.

4. Selbstreflexion und Initiative

Das kann man so sehen, wie du es siehst (fehlende Selbstreflexion). Zur erwähnten Initiative und meiner Position einfach die kurze Stellungnahme des Bundesrates, der es nichts anzufügen gilt:

"Die Initiantinnen und Initianten wollen sicherstellen, dass jede Person in der Schweiz frei entscheiden kann, ob sie sich impfen lassen will oder nicht. Lehnt eine Person eine Impfung ab, soll das für sie keine sozialen oder beruflichen Nachteile haben. Der Initiativtext enthält indes keinerlei explizite Erwähnung von Impfungen. Die Initiative verlangt generell, dass bei jedem staatlichen Eingriff in die körperliche oder geistige Unversehrtheit die Zustimmung der betroffenen Person vorliegen muss. Damit tangiert die Initiative insbesondere das staatliche Gewaltmonopol (Polizeiwesen, Strafverfolgung und Strafvollzug, Militär, Ausländer- und Asylwesen etc.). Würde die Initiative angenommen, dürfte die Polizei beispielsweise ohne Zustimmung der betroffenen Personen keine Verdächtigen mehr festnehmen, und der Staat könnte keine ausländischen Straftäter mehr ausschaffen oder keine abgewiesenen Asylsuchenden mehr in ihr Heimatland zurückführen, wenn die Zustimmung dieser Personen fehlt. Insofern zielt die Initiative weit über Impfungen hinaus."

Das war und ist etwa, was ich dir antworten kann. Ich werde dir die entsprechenden Unterlagen schicken, allenfalls mit mehreren Emails, da es doch einiges an Stoff gibt. Ich denke, es lohnt sich auch für dich, den einen oder anderen Bericht zu studieren, einige Fragen sind darin geklärt.

Ob du meine Antwort und die Unterlagen auch offenlegst ist wiederum dir überlassen.

Ich weiche dir und niemandem aus, das wäre in Obwalden auch praktisch unmöglich. Zudem war ich in den letzten Wochen in jeder Gemeinde und habe mich hingestellt, auf dem Postplatz, Einkaufsplatz, Dorfplatz. Es kamen durchaus auch Obwaldnerinnen und Obwaldner mit kritischer Grundhaltung und Vorbehalte gegenüber mir.

Ich wünsche dir eine gute Zeit und bis zur nächsten Begegnung.

Erich Ettlín